



**Wahlkreis:**

Moltkestr. 56, 33330 Gütersloh

Tel 05241 917 09 31

Fax 05241 752 40

E-Mail [ralph.brinkhaus@bundestag.de](mailto:ralph.brinkhaus@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

## **Ralph Brinkhaus sondiert in Berlin die Möglichkeiten, den Abzug der britischen Streitkräfte aus dem Kreis Gütersloh aktiv zu gestalten – Gespräch mit Staatssekretär Kossendey geführt**

Die heimischen CDU-Bundestagsabgeordneten Ralph Brinkhaus (Gütersloh) und Carsten Linnemann (Paderborn) haben in Berlin die Möglichkeiten sondiert, den Abzug der britischen Streitkräfte auf der kommunalen Ebene aktiv zu begleiten und zu gestalten. Sie trafen sich dazu mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Thomas Kossendey MdB.

Brinkhaus erläutert: „Der Ablauf wird wie folgt sein: Die Briten melden zunächst dem Bundesamt für Wehrverwaltung, welche Flächen sie freigeben. Daraufhin wird geprüft, ob bei der Bundeswehr Bedarf besteht, diese Flächen zu nutzen. Über das Ergebnis wird die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) informiert. Sollte die Bundeswehr kein Interesse an der Nutzung haben, setzt sich die BImA wegen der Verwertung der Liegenschaften mit den betroffenen Kommunen in Verbindung.“ Dieser Prozess könne längere Zeit in Anspruch nehmen - zumal die Briten nach den Informationen von Brinkhaus bislang keine konkrete Planung des Abzuges haben.

Die Möglichkeit Bundeszuschüsse für die Umnutzung der Liegenschaften zu bekommen werde leider zurückhaltend beurteilt. Nach der föderalen Aufgabenverteilung im Grundgesetz liege die strukturpolitische Verantwortung für die Bewältigung von Konversionsfolgen in erster Linie bei den Ländern und Kommunen.

Auf die Frage Linnemanns nach dem Standort Augustdorf antwortete Kossendey, dass die Zukunftsfähigkeit eines Standortes auch davon abhängen, ob in der Umgebung ausreichend Übungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Brinkhaus und Linnemann plädieren deswegen dafür, dies bei weiteren Planungen für die Senne nach dem Abzug der Briten unbedingt zu berücksichtigen.

Die Abgeordneten werden das Thema in Berlin auch weiterhin mit Nachdruck verfolgen und weitere Gespräche mit zuständigen Stellen führen.